

Nur das Bad ist luxuriös

EINNAHMEN / *Die Gemeinde Nunningen kaufte ein Haus, saniert es und vermietet es als Unterkunft für Asylbewerber.*

NUNNINGEN. Vor einigen Monaten hat Nunningen an der Bretzwilerstrasse 1, ein privates Haus gekauft – für gut 200 000 Franken. Die Gemeinde kaufte die Liegenschaft als strategische Raumreserve. Der Gemeinderat geht davon aus, dass Nunningen gute Gemeindearbeiter hat, die handwerklich in der Lage sind, das Haus zu renovieren.

Das Haus gehörte vorher einem Bühnentechniker. Er hatte zwar viele Arbeiten angefangen, aber nur wenige vollendet, erläuterte Gemeindepräsident Kuno Gasser an der Ratssitzung. Nun dränge die Zeit. Das Haus soll so rasch wie möglich als Unterkunft für Asylsuchende hergerichtet werden. «Einen Mietvertrag für einen monatlichen Zins von 1600 Franken hat Nunningen mit dem Kanton Solothurn bereits abgeschlossen», erklärte Gasser. Deshalb hat der Gemeinderat nun die dringlichsten Arbeiten an externe Handwerker vergeben. Dabei handelt es sich um Elektroinstallationen, welche für rund 4400 Franken erneuert werden müssen. «Der Vorbesitzer verstand wohl etwas von Strom, kannte aber die Installationsvorschriften weniger», sagte Gasser.

Auch bei der Gebäudeisolation liege offensichtlich einiges im Argen. Um die Probleme zu beheben, hat der Gemeinderat einen weiteren Handwerkerauftrag für 11 670 Franken vergeben. Das Badezimmer hingegen scheint ohne Makel und hat nicht nur eine simple Badewanne, sondern einen richtigen Whirlpool, sagte Gasser.

Hohe Grundgebühr für Ortsabwesende

Der Gemeinderat befasste sich auch mit der Beschwerde eines Hausbesitzers, der jedoch in Münchenstein wohnt. In seinem Brief klagt er über die hohe Wasser- und Abwassergrundgebühr von 195 Franken. Da er nicht oft in Nunningen ist, verbraucht er nur drei Kubikmeter Frischwasser und muss dennoch die volle Gebühr bezahlen. Dieser Preis stehe in keinem Verhältnis zur Leistung der Gemeinde, schimpft der Hausbesitzer, und droht in seinem Brief damit, die Presse über diesen Missstand zu informieren.

Diese Argumentation beeindruckte die Gemeinderäte nicht. Auch wer wenig Wasser brauche, müsse sich mit der Grundgebühr an den Kosten für das Leitungsnetz beteiligen. (fha)